

Bloßer Ausbau von Kita-Plätzen lohnt sich für den Fiskus nicht

Staat erzielt laut neuer Studie erst bei besserer Qualität von Kindergärten gute Rendite · CDU streitet über das Familienbild von Ursula von der Leyen

VON FRIEDRIKE VON TIESENHAUSEN
UND BIRGIT JENNER, BERLIN

Der reine Ausbau von Kindergartenplätzen lohnt sich für den Staat nicht. Erst wenn der Fiskus in bessere Bildungsangebote in Kindergärten investiert, erzielt er eine lohnende Rendite. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) für das Unternehmensnetzwerk Wissensfabrik, die heute vorgestellt wird.

Die Ergebnisse geben der aktuellen Debatte um bessere Kinderbetreuung eine fiskalische Dimension. Die SPD und Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) fordern, Kindergartenplätze auszubauen und kostenfrei zu machen. In der Union stößt von der Leyen damit jedoch auf teils massive Kritik. Unions-Fraktionschef Volker Kauder warnte gestern davor, das Familienmodell mit

berufstätiger Mütter in den Mittelpunkt zu stellen. „Das halte ich für falsch“, sagte er der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Nach Berechnungen des IW führen die zusätzlichen 3,6 Mrd. € für den Ausbau von Kindergartenplätzen für Drei- bis Sechsjährige und die Übernahme der Beitragskosten nur zu einer Rendite von drei Prozent. Dabei werden die nötigen Investitionen mit höherer Wirtschaftslieferung und Steuereinnahmen durch ein besseres Bildungsniveau verrechnet. Der Kindergartenbesuch wirkt sich bereits jetzt positiv auf das Bildungsniveau und das Einkommen aus.

Eine Rendite von drei Prozent liegt jedoch unterhalb der Kapitalmarkrendite für langfristige Bundesanleihen von derzeit rund 4,1 Prozent. Damit wäre es für den Staat sinnvoll, die aufgrund des demografischen Wandels frei werdenden Mittel nicht

allein in den Ausbau der Kindergärten zu investieren, sondern zum Aufbau von Schulen zu verwenden.

„Erst wenn der Staat mehr und höher qualifizierte Erzieher einstellt und so eine bessere individuelle Förderung der Kindergartenkinder ermöglicht, würde die Rendite oberhalb des Kapitalmarktniveaus liegen.“

„Erst dann lohnt sich der Ausbau der Kindergärten wirklich“, sagt Christina Anger, eine der Mitautorinnen der Studie, der FTD.

Auch Bildungsexperten warnen davor, vor

lauter gut gemeinten Betreuungsiniciativen die frühkindliche Bildung zu vernachlässigen. Bei der Bildung der Kleinsten liegt Deutschland im internationalen Vergleich zurück. Qualität müsse bei der Kinderbetreuung

Vorrang haben, warnt auch der Vorsitzende des Bundeselementarwirtschafsrats, Wilfried Steinert: „Es nützt wenig, schlechte Angebote auszuweiten.“

Beim Thema Kinderbetreuung kämpft von der Leyen im eigenen Lager gegen massiven Widerstand. Die Familienministerin hatte

vorgeschlagen, die Betreuungspätze für Kleinkinder unter drei Jahren bis 2013 auf 750 000 zu verdreifachen. Dabei dürfe der Bund Länder und Kommunen nicht auf den Kosten sitzen lassen.

Dieser Vorstoß hat jedoch in der CDU Wider-

stand aus Furcht vor Mehrausgaben, aber auch aus Sorge um das konservative Image der Partei laut werden lassen. Obwohl sich das CDU-Partei-Präsidium am Montag unter Leitung der Vorsitzenden, Angela Merkel für

von der Leyens Plan ausgesprochen hatte, lehnt Fraktionschef Kauder diesen ab: „Wir haben gerade eine Föderalismusreform beschlossen. Und die besagt ganz klar: Für Kinderbetreuung sind die Länder zuständig und nicht der Bund“, sagte er der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Der Generalsekretär der thüringischen CDU, Mike Möhring, fürchtet, die Vorstöße der Ministerin könnten die Stammwählerschaft der Partei verschrecken. Und der Haushalts-Experte der Unions-Bundestagsfraktion, Steffen Kampeter, warnte, zusätzliche Ausgaben für Familienkurses nicht finanzierbar. MIT DPA

WEITERE BERICHTE | Seite 10
KOMMENTARE | Seite 24, 25



WWW.FTD.DE/FAMILIE
Familienpolitik in Deutschland

Financial Times Dtschl.-FTD vom 15.2.2007